

Vorwärts und nicht vergessen

Es war im verordneten Feier- und Festgetümmel dieses Jahres eine Wohltat, dass Klaus Bartl in seiner Eröffnung auf dem Landesparteitag in Burgstädt, daran erinnerte, dass exakt vor 92 Jahren, am 7. November 1917 morgens 10 Uhr, W.I. Uljanow nach dem bewaffneten Aufstand der Bolschewiki in Petrograd erklärte: „An die Bürger Rußlands!... Die Sache, für die das Volk gekämpft hat... sie ist gesichert“ und fügte in der Sitzung des Petrograder Sowjets hinzu: „...diese dritte russische Revolution muß in ihrem Endergebnis zum Sieg des Sozialismus führen.“ Lenin konnte gewiss nicht ahnen, dass seine beiden Thesen in Russland nicht von historischem Bestand bleiben sollten. Das russische Wunder von 1917 scheiterte endgültig in den Wirren der Perestrojka. Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, das Sowjetsystem und das mit ihm verbundene Sozialismusbild, sie endeten kläglich mit den bekannten nationalen und internationalen Konsequenzen. Der „linke Marsch“ jedoch geht weiter.

1918/1919 hatte es die deutsche Linke im Spannungsfeld Liebkecht: „Freie Sozialistische Republik“ – Scheidemann: „Deutsche Republik“, nicht vermocht, sich in der Novemberrevolution durchzusetzen. 1932/1933 gelang es ihr als Konsequenz daraus nicht, die faschistische Diktatur zu verhindern. 1945-1949 zeigte sich die Linke wiederum nicht auf der Höhe der Zeit, sei es, um wenigstens die Einheit der Nation zu bewahren. Der deutsche Zwangs-Separatismus in Gestalt der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik wurde unabwendbar. Damit war die bereits in sich geschwächte Nachkriegs-Linke zusätzlich staatlich und politisch gespalten. In der sowjetischen Besatzungszone, der späteren Deutschen Demokratischen

Republik, wagte man dennoch den Versuch eines eigenständigen sozialistischen Experimentes, das genau vor 20 Jahren der zur Katastrojka mutierten Perestrojka zum Opfer fiel. Die Idee von einem isolierten Separatstaat-Sozialismus hatte sich als ebenso illusorisch erwiesen wie die eines Separat-Sozialismus in einem Land.

In der Tat bedurfte es erst der Überwindung der deutschen Zweistaatlichkeit unter Preisgabe der sozialistischen Ansätze im Osten Deutschlands, ehe sich die Chance der Herausbildung einer neuen gesamtdeutschen Linken wieder eröffnete. So wurde aus der Vision der Nationalhymne des Johannes R. Becher „Deutschland, einig Vaterland“ erst 1990 Realität. Die sich heute wieder konsolidierende LINKE ist zweifellos eines der entscheidenden Merkmale der neuen Berliner Republik, die auf der Grundlage des Grundgesetzes am 3. Oktober 1990 aus den beiden deutschen Teilstaaten von 1949 hervorgegangen ist. Sehr anschaulich belegen das die bundesweit faktisch aus dem Stand heraus erzielten Wahlergebnisse der LINKEN; erstmal seit 1932 gibt es links von der SPD eine Partei, die zweistellig ist. Diese Links-Renaissance ist ein ungemain hohes Gut, das wir mit Blick auf Vergangenheit und Zukunft allen Anlaß haben, nicht nur zu bewahren, sondern intelligent zu gestalten. Eine neue Linke in einem neuen Deutschland eines sich wandelnden Europas.

Wenn wir die Kämpfe um deutsche Einheit und demokratische Verfassung seit 1848/1849 bis heute als traditionelle Positionen linker deutscher Politik betrachten, so wird sofort deutlich, welchen Fortschritt die Linke in Deutschland seit der Vereinigung im Jahre 1990 erreicht hat. Allen Prophezeiungen und Kassandrarufern zum Trotz! Daran hatte

vor zwanzig Jahren ganz sicher niemand gedacht. Um so schärfer trifft es heute die Protagonisten des zwar nicht unbedingt christlichen, dafür aber selten dümmlichen Spruches „Marx ist tot, Jesus lebt“. Ist doch in vieler Hinsicht etwa das Gegenteil von dem eingetreten, was die selbsternannten ‚Sieger der Geschichte‘ seit zwanzig Jahren als ‚endgültig‘, ‚unwiderruflich‘ und ‚ewig‘ postulieren. Stattdessen führt die Krise das Wort. Und „die beste aller möglichen Welten“ findet auch in der Bundesrepublik Deutschland nicht statt. Ein treffliches Lehrstück zum Thema Dialektik der Geschichte.

Wir Linke haben 2009 nicht nur schlechthin ein respektables Wahlergebnis, sondern vor allem eine gesellschaftliche Akzeptanz erreicht, die im geteilten Deutschland undenkbar gewesen wäre und auch war. Erneut hat sich Marx' Feststellung bestätigt, „jeder Schritt wirklicher Bewegung ist wichtiger als ein Dutzend Programme“. Bei so viel Bewegung nach links ist es nicht im Geringsten verwunderlich, daß die Nerven des politischen Gegners blank liegen und sich dessen Gangart gegen links verschärft. Und so wie uns bittere Niederlagen nicht verzagt gemacht haben, so darf uns dieser erste gemeinsame Erfolg als LINKE nicht leichtfertig oder übermütig werden lassen. Es gilt, mit eiserner Ausdauer, unverrückt den Blick auf Aufgaben und Ziele unseres Programms gerichtet, weiter darauf hinzuarbeiten, in Deutschland längst fällige gesellschaftliche Wandlungen zu bewirken. Veränderungen in einem neuen Deutschland für ein neues Europa. Dazu müssen wir, die wir heute die Linke repräsentieren, nicht nur bereit sein, sondern uns vor allem auch als fähig erweisen.

Dr. Volker Külöw

Einberufung der 1. Tagung des 2. Stadtparteitages der Partei DIE LINKE. Stadtverband Leipzig

Die 1. Tagung des 2. Stadtparteitages der Partei DIE LINKE. Leipzig wird für Samstag, den 30. Januar 2010 von 9:00 bis 18:00 Uhr einberufen. Die Konferenz findet im Veranstaltungssaal der LVB - Angerbrücke, Jahn-Allee 56, statt.

Es ist folgende Tagesordnung vorgesehen:

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Konstituierung des 2. Stadtparteitages (Wahl der Kommissionen, Beschlüsse GO, WO, Tagesordnung, Zeitplan)
3. Referat des Vorsitzenden
4. Diskussion

5. Bericht der Mandatsprüfungskommission

6. Wahlen:

- a. Stadtvorstand
- b. Finanzrevisionskommission
- c. Schiedskommission
- d. Mitglieder des Landesrates
- e. Delegierte zum Bundesparteitag
- f. Delegierte zur Landes seniorenkonferenz
7. Anträge
8. Schlusswort

Brief an die Mitglieder

Liebe Genossinnen und Genossen!

Im Mai 2010 tritt unser 2. Bundesparteitag erstmalig zusammen. Die meisten der 2007 beim Zusammenschluss von Linkspartei.PDS und WASG vereinbarten Übergangsregelungen laufen dann aus. Zeit, Bilanz zu ziehen und über die künftige politische und strukturelle Entwicklung unserer Partei nachzudenken. Dazu laden wir alle Mitglieder ein. Wir Vorstandsmitglieder möchten diese Diskussion anstoßen, wollen dafür jedoch keine „Vorgaben“ formulieren. Sehr wohl aber möchten wir selbst in Basisgruppen und Zusammenschlüssen mitdiskutieren und uns mit Verantwortlichen aller Ebenen beraten.

Am Ende eines Jahres, das für DIE LINKE tatsächlich zum „Superwahljahr“ wurde, verfügen wir über gute Ausgangsbedingungen für die weitere Arbeit. Wir sind deutlich gestärkt im Bundestag, konnten auch im Europaparlament die Anzahl unserer Mandate erhöhen, sitzen in 12 Landtagen mit eigenen Fraktionen und konnten bei mehreren Kommunalwahlen starke Positionen im Osten verteidigen und im Westen Fuß fassen. Die Partei hat einen beständigen Zustrom neuer Mitglieder.

DIE LINKE hat die Politik verändert. Unsere „Programmatischen Eckpunkte“ waren und sind dabei ein guter Kompass. Zugleich wird an einem neuen Parteiprogramm gearbeitet, dessen Entwurf in der Partei diskutiert werden soll und das wir auf einem Parteiparteitag im ersten Halbjahr 2011 verabschieden sollten. DIE LINKE vertritt auf den Straßen und in den Volksvertretungen oft Positionen von Bevölkerungsmehrheiten, die bei Abstim-

mungen im Bundestag und in anderen Parlamenten noch keine Mehrheiten finden. Das ist besonders in der gegenwärtigen Wirtschafts- und Finanzkrise so, in der DIE LINKE, die Gewerkschaften und zahlreiche Initiativen fordern, dass deren Verursacher und nicht die Mehrheit des Volkes die Zeche zahlen. Realität ist leider, dass hierzulande nach wie vor mehrheitlich Parteien gewählt werden, die Arbeitsplätze unsicher machen und vernichten, die Gesundheit, Bildung oder die Teilhabe an Kunst und Kultur vom Geldbeutel abhängig machen, die Renten kürzen und Soldaten ins Ausland schicken. Wie wir die Regierung von Union und FDP zu einer sozial gerechten, demokratischen und friedlichen Politik zwingen wollen, steht in unserem Programm zur Bundestagswahl 2009. Wir halten überdies fest an unserem strategischen Ziel, gesellschaftliche Kräfteverhältnisse zu ändern. Aus diesen Gründen bleiben wir an der Frage dran, wie sich unsere Partei und was sich in unserer Partei verändern muss.

Was ist das Besondere unserer Partei, was unterscheidet sie von anderen? Wie stellen wir uns den Platz und die Funktion der Partei DIE LINKE in Politik und Gesellschaft vor?

Die Genossinnen und Genossen der LINKEN verbinden ganz unterschiedliche Vorstellungen mit ihrer Parteimitgliedschaft. Sie haben mannigfaltige Lebenserfahrungen, kommen aus verschiedenen politischen Zusammenhängen, haben unterschiedliche Politik- und Parteiverständnisse und auch differierende Vorstellungen zur Lösung offener Fragen, von denen einige in den

„Eckpunkten“ aufgeführt sind. Darüber tauschen wir uns aus, darüber streiten wir, was dem Parteileben gut tut. Wichtig ist, dass unser Denken und Tun stets auf die Gesellschaft gerichtet sind. Vielleicht brauchen wir künftig neben den Basis- und Ortsgruppen und den Zusammenschlüssen auch andere Formen des Engagements in der Partei – mehr zeitweilige Projekte, die Nutzung neuer Medien und Ähnliches, was wir hier und da in Wahlkämpfen erfolgreich gemacht haben. In Europa und darüber hinaus wird unser Weg von linken Parteien und Bewegungen aufmerksam verfolgt. Wir sind Mitglied der Partei der Europäischen Linken, was viele von uns im Alltag jedoch kaum erleben. Welche politische Kultur wollen und welche politische Bildung brauchen wir in der Partei? Was macht eine Mitgliedschaft und was macht das Parteileben attraktiv und anziehend?

DIE LINKE hat ihre Aktions- und Kampagnenfähigkeit oft unter Beweis gestellt. Meist stehen mehr Themen, Fragen und Probleme auf der politischen Tagesordnung, als wir in Angriff nehmen können. Die politische Praxis erfordert gemeinsame geistige Grundlagen, Qualifizierung und Bildungsarbeit sind angesagt! Viele von uns engagieren sich in Gewerkschaften, in Bewegungen, Vereinen und Initiativen.

Nur wenn sich viele auf diese Weise einbringen, sind wir in der Partei stets auf dem Laufenden darüber, was die Menschen im Land bewegt, was „die Leute“ umtreibt. Wir müssen die innerparteiliche Qualifizierung und vor allem unsere politische Bildungsarbeit entwickeln und so die Argumentationsfähigkeit verbessern. Was alle wissen müssen, um die Gesellschaft zu verstehen

und zu verändern, darum geht es und auch um die Organisationsformen und die Methoden der Bildungsarbeit.

Welche Kampagnen soll unsere Partei in den nächsten zwei, drei Jahren mit der Kraft aller Mitglieder führen? Was unterscheidet unser Agieren als politische Partei von dem gesellschaftlicher Bewegungen? Wie sehen wir das Verhältnis von Partei und Bewegung?

Unsere Partei hat kräftig an Mitgliedern hinzugewonnen, zirka 70.000 waren es zur Zeit unseres Gründungsparteitages, rund 76.000 am Ende des Jahres 2008. Wir wollen weiter zulegen, denn steigende Mitgliederzahlen sind ein Signal von Stärke, Aufschwung und politischer Offensive. Manche Genossinnen und Genossen haben Schwierigkeiten mit dem Verständnis, dass eine Mitgliedschaft mit Pflichten verbunden ist. Die finanziellen Grundlagen für unsere Arbeit müssen wir uns über Beiträge, Spenden und Wahlerfolge selbst schaffen, denn als einzige Bundestagspartei hängen wir nicht am Tropf von Banken, Versicherungen und Konzernen. Hier und da sind die Parteistrukturen angesichts des rasanten Mitgliederzuwach-

ses überfordert. Mitunter wollen sich Mitglieder, Sympathisantinnen und Sympathisanten aktiv ins Leben und in die Aktivitäten der Partei einbringen und finden schwer konkrete Betätigungsfelder. Das Parteileben muss den Interessen von Frauen besser entsprechen, die und deren Strukturen größeren Einfluss gewinnen müssen. Wir wissen, dass die demokratischen Prozesse und Verfahren in der Partei manchmal wenig attraktiv sind. Immer wieder begegnen wir dem Widerspruch, dass innerparteiliche Demokratie sehr viel Zeit und Geduld braucht, politische Handlungsfähigkeit jedoch schnelle Entscheidungen. Unsere Kommunikation krankt in der Regel nicht am Informationsmangel, oft aber daran, dass wir zu wenig miteinander reden, uns nicht zuhören.

Was ist zu tun, damit die Mitgliedschaft als Souverän der Partei Gehör findet und Einfluss hat? Wie können wir neue Mitglieder gewinnen und sie dauerhaft in der Partei halten?

Liebe Genossinnen und Genossen!

Nach den sechzehn Wahlkämpfen die-

ses Jahres, die auch Ausgangspositionen für die weitere Arbeit klärten, wollen wir über die Zukunft unserer Partei sprechen. Der Parteivorstand bittet alle Mitglieder, die Zusammenkünfte in den Basis- und Ortsgruppen, in den Zusammenschlüssen und Strömungen dafür zu nutzen. Wir werden nicht jedes Thema erörtern und nicht jedes Problem lösen können. Im Kern geht es um drei Fragen: Wie können wir den politischen Einfluss der Partei weiter vergrößern? Was muss geschehen, damit die Mitglieder noch besser Einfluss auf die Politik der LINKEN nehmen können? Wie kann die Mitgliedschaft für jede und jeden noch attraktiver werden?

Überlegt, was ihr in eurer Basisgruppe oder eurem Zusammenschluss anpacken oder ändern müsst! Sagt aber auch den Kreis- und den Landesvorständen und uns im Parteivorstand, was zu tun ist, wo ihr Unterstützung braucht, was wir gemeinsam besser machen können.

**Mit solidarischen Grüßen
Die Mitglieder des Parteivorstandes
der Partei DIE LINKE**

AUFRUF zur Mitarbeit

An alle politisch und sozial Engagierten innerhalb und außerhalb der Partei DIE LINKE.

Vor nunmehr vier Jahren gründete sich die AG „Soziale Politik“ als ein parteioffener Zusammenschluss der Leipziger Linkspartei. Grundlage war die Erkenntnis, den vielfältigen Formen politischen und sozialen Protestes einen Vermittler zum politischen Potential der Partei DIE LINKE. Leipzig anzubieten – als Bindeglied zwischen außerparlamentarischen Initiativen und parlamentarischen Akteuren –, in einem von gegenseitigem Respekt, Achtung, Toleranz und gepflegter Streitkultur geprägten Miteinander. Deshalb ist auch die Mitarbeit in der AG offen für jeden, der unsere Gründungs-Leitlinien anerkennt. Was haben wir auf diesem Weg bewirken können?

1. Sozialticket

Es war die AG, die gemeinsam mit dem Sozialforum Leipzig, eine breite außer-

parlamentarische Bürgerinitiative befähigte, eine parlamentarische Mehrheit für ihre Forderung zu gewinnen. Ein bündnispolitisches Beispiel für erfolgreiches Durchsetzen sozialer Belange. Auch das nunmehr sachsenweit agierende „Bündnis für Mobilitätstickets in Sachsen“ entstand auf unsere Initiative hin.

2. Vernetzungen

In unserem Selbstverständnis sind wir auf Leipzig konzentriert. So sind wir in vielen lokalen Initiativen mit den unterschiedlichsten politischen Themen fest eingebunden. Die Bandbreite reicht von antifaschistischen Initiativen über Friedensinitiativen zu sozialem Protest bis hin zu Initiativen für mehr Demokratie oder den Erhalt kommunalen Eigentums.

Aber auch bundesweit sind wir vernetzt. Im Aktionsbündnis Sozialproteste (ABSP) beteiligen wir uns aktiv an bundesweiten Kampagnen gegen die Folgen der unsozialen Hartz IV-Geset-

ze. Wir beteiligen uns an Großdemonstrationen des Sozialprotestes, vertreten die aktuelle Forderung nach 10 (€ Mindestlohn) – 500 (€ Regelsatz) – 30 (Stunden Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich). Im Netzwerk der Sozialticketinitiativen haben wir mit unserer homepage eine Art bundesweite Kommunikations- und Informationsschnittstelle übernommen.

3. Zusammenarbeit mit Fraktion

Eines unserer Gründungsmotive bestand in daran, den außerparlamentarischen Initiativen einen stärkeren parlamentarischen Einfluss und Rückhalt zu schaffen. Dazu entwickelten wir eine intensive und partnerschaftliche Zusammenarbeit besonders mit unserer Fraktion und themenabhängig auch mit anderen Fraktionen. Nur so gelang es zum Beispiel, die Einführung des Sozialtickets Wirklichkeit werden zu lassen.

4. Innerparteiliche Aktivitäten

Wir pflegen enge Verbindung zu anderen Zusammenschlüssen, besonders eng arbeiten wir mit den AG b&g und AG „Antifaschistische Politik“ zusam-

men. Neben gemeinsamen Aktionen nehmen wir öffentlich Stellung mit Solidaritätserklärungen (jüngste Beispiele Karstadt und Primondo-Quelle).

Zur Unterstützung von Aktivitäten und Forderungen der außerparlamentarischen Initiativen, besonders des sozialen Protestes, durch den Stadtverband, nutzen wir die innerparteilichen Strukturen.

Aber auch debattieren und konstruktiv streiten kann man bei und mit uns! So beziehen wir Position zu solchen Fragen

wie WObA-Verkauf, bedingungsloses Grundeinkommen u.ä. Wir haben uns aktiv an den Diskussionen zum Kommunalwahlprogramm ebenso wie zum Antifaschistischen Aktionsprogramm eingebracht. Mit dem Entwurf der „Sozialpolitischen Leitlinien“ setzen wir diese inhaltliche Arbeit fort.

In unserer Arbeitsgemeinschaft gibt es also vielfältige Möglichkeiten, sich in einem der Politikfelder zu engagieren und so zur Verbreiterung und Stärkung der Zusammenarbeit zwischen außer-

parlamentarischen Initiativen mit DIE LINKE.Leipzig und ihrer Stadtratsfraktion.

An dieser Stelle wollen jedoch nicht verschweigen, dass wir zur Weiterführung des begonnenen Weges dringend neue Mitstreiterinnen und Mitstreiter brauchen. Deshalb unsere Bitte: Wir brauchen EUCH!

Kontakt: Petra Weißfuß – Sprecherin;
Tel./Fax: 0341 – 4116424
P.weissfuss@t-online.de

Wahlergebnisse Landesparteitag DIE LINKE.

Sachsen vom 7. und 8. November 2009

Landesvorsitzender:

Rico Gebhardt = 77,0 %
gewählt

stellvertretende Landesvorsitzende:

Klaus Bartl = 68,6 %
Cornelia Falken = 70,6 %
Sebastian Scheel = 56,2 %
alle drei gewählt

Landesgeschäftsführerin:

Antje Feiks = 81,6 %
gewählt

Landesschatzmeister

1. Wahlgang
Angela Hähnel: = 24,3 %
Heinz Pingel: = 44,1 %
Klaus Schmole: = 30,7 %
Stichwahl
Heinz Pingel = 54,3 %
Klaus Schmole = 40,3 %
Heinz Pingel gewählt

Gleichstellungspolitische Sprecherin

Stefanie Götze = 82,2 %
gewählt

Jugendpolitischer Sprecher

Fabian Blunck = 70,3 %
gewählt

Frauenliste vormalige WASG

Martina Dietze = 46,1 %
Gabriele Engelhardt = 66,3 %
Jayne Ann-Igel = 71,3 %
alle drei gewählt

Frauenliste

Sarah Buddeberg = 67,5 %
Simone Luedtke = 63,9 %
Susanna Karawanskij = 59,8 %

Juliane Nagel = 56,7 %
Skadi Jennicke = 51,3 %
Verena Meiwald = 49,5 %
Sylke Zehrfeld = 49,0 %
Kristin Hofmann = 47,9 %
wurden gewählt

Kathrin Kagelmann = 47,4 %
Claudia Beck = 41,7 %
Uta Knebel = 38,7 %
Karin Höfer = 37,1 %
Anja Oehm = 33,5 %
wurden nicht gewählt

allgemeine Liste vorm. WASG

Axel Troost = 67,2 %
Klaus Schmole = 62,1 %
Tilo Wirtz = 55,9 %
Einde O'Callaghan = 55,9 %
wurden gewählt

Enrico Stange = 52,3 %
Günter Eckoldt = 30,3 %
wurden nicht gewählt

allgemeine Liste

Efstathios Soudias = 49,1 %
Jens Thöricht = 48,5 %
Heiko Rosenthal = 43,9 %
Heiko Kosel = 37,9 %
wurden gewählt

Hubert Protzel = 30,8 %
Holm-Andreas Sieradzi = 29,3 %
Jörn Wunderlich = 24,7 %
Mike Lätzsch = 23,7 %
Heinz Hoffmann = 21,2 %
Andreas Graff = 9,6 %
Ralf Becker = 8,1 %
Carsten Schulze = 7,6 %
Kai Geßner = 2,0 %
wurden nicht gewählt

Bundesausschuss Frauenliste

Cornelia Ernst, Heiderose Gläß, Claudia Jobst und Luise Neuhaus-Wartenberg wurden gewählt

Bundesausschuss allgemein Liste

Falk Neubert, Gregor Henker, Matthias Gruber und Heinrich Ruynat wurden gewählt.
Andreas Naumann und Holger Weidauer sind als Nachrücker gewählt

Landesschiedskommission

Regina Schulz, Anne Meiwald, Rosemarie Jahn, Jörg Grosche, Thomas Grundmann Jens Heidecke und Gottfried Bluta wurden gewählt

Landesfinanzrevisionskommission

Kerstin Prag, Gudrun Schumann, Rico Knorr, Eberhard Sehart, Horst Seiler und Wolfgang Siegel wurden gewählt.



Drohenden Schaden für Sachsens Krankenversicherte verhindern / Ministerium muss auch juristische Schritte prüfen

Zur Befürchtung der sächsischen Sozialministerin, dass sich Bayern bei der „Ausgestaltung“ des Gesundheitsfonds erneut unsolidarisch gegenüber den ärmeren Bundesländern verhält, erklärt der Vorsitzende des Sozial-Arbeitskreises der Fraktion DIE LINKE und Sprecher für Sozialpolitik, Dr. Dietmar Pellmann:

Wir teilen die Befürchtungen von Sozialministerin Christine Clauß. Es wäre nicht das erste Mal, dass sich Bayern gegenüber den neuen Bundesländern unsolidarisch verhält und im Interesse eigener Vorteile bestrebt ist, sich einem bundesweiten Risikostrukturausgleich in der gesetzlichen Krankenversicherung zu entziehen. Dass der Anteil äl-

terer und chronisch kranker Menschen in Sachsen besonders hoch ist, was zu höheren Ausgaben im Gesundheitswesen führt, scheint die Regierung in Bayern völlig kalt zu lassen. Auch dass Hunderttausende aus Sachsen abgewanderte Arbeitskräfte inzwischen mit dazu beitragen, dass Bayern wirtschaftlich vergleichsweise gut dasteht, wird bewusst verschwiegen. Jetzt ist die Bundeskanzlerin gefragt, diesem bayerischen Ansinnen einen Riegel vorzuschieben.

Aber auch die sächsische Staatsregierung muss handeln und darf nicht nur ein Klagelied über die unsolidarischen Bayern anstimmen. Im Übrigen rächt es sich spätestens jetzt, dass Sachsen im

Herbst vergangenen Jahres nicht gegen die Einführung des Gesundheitsfonds geklagt hat, obwohl das juristisch bereits vorbereitet gewesen sein soll. Der damalige dringende Appell der Fraktion DIE LINKE, gegen den Bund zu klagen, wurde bekanntlich in den Wind geschlagen und in Kauf genommen, dass die meisten der sächsischen gesetzlich Krankenversicherten mit überdurchschnittlich hohen Beitragssteigerungen belastet wurden.

Es bleibt zu hoffen, dass die neue Staatsregierung nun die notwendigen Lehren zieht. Sollte sich Bayern durchsetzen und es so zur Benachteiligung Sachsens und der anderen neuen Bundesländer kommen, dann erwarten wir nicht nur verbale Protestnoten, sondern eine ernsthafte juristische Auseinandersetzung mit dem Bund. Dann muss Sachsen klagen. Im Interesse der Versicherten im Lande.

Statt Abschaffung Rahmenbedingungen für Gemeinschaftsschulen in Sachsen schaffen!

Zu den Äußerungen des Kultusministers, die Gemeinschaftsschulen in Sachsen abzuschaffen, erklärt die bildungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Cornelia Falken:

Der Koalitionsvertrag von CDU und FDP erteilt dem längeren gemeinsamen Lernen eine klare Absage. Die wenigen Gemeinschaftsschulen, die es bisher gibt,

sollen evaluiert und abgeschafft werden. Dabei hatte die FDP im Wahlkampf ausdrücklich versprochen, die Gründung von neuen Gemeinschaftsschulen zu unterstützen. Der Kultusminister bekräftigt also in der Sächsischen Zeitung von heute nur, was die Koalitionäre längst beschlossen haben.

DIE LINKE wird sich gegen die Ab-

schaffung der Gemeinschaftsschulen in Sachsen entschieden wehren. Das längere gemeinsame Lernen hat Zukunft, wie Thüringen zeigt. Einen entsprechenden Antrag mit dem Thema „Längeres gemeinsames Lernen ermöglichen – Rahmenbedingungen für Gemeinschaftsschulen schaffen.“ jetzt umsetzen! (Drs 5/41) hat DIE LINKE bereits eingebracht. Sie wird ihn im Dezember im Landtag zur Debatte stellen.

Mit Quelle Leipzig erlischt weiterer Leuchtturm - Transfergesellschaft einrichten und Verantwortlichkeiten klären

Zur Insolvenz von Quelle und vor allem zu den Auswirkungen auf den Standort Leipzig erklären die Leipziger Landtagsabgeordneten der Fraktion DIE LINKE, Dr. Volker Külöw und Dr. Dietmar Pellmann:

Das endgültige Aus für den Versandhauskonzern Quelle bedeutet einen neuen Tiefschlag für den Wirtschaftsstandort Leipzig und den angespannten Arbeitsmarkt in ganz Westsachsen. Mit Quelle Leipzig verlischt ein weiterer Leuchtturm, der mit einem dreistelligen Millionenbetrag aus Steuergeldern aufgepöppelt wurde und deren Protagonis-

ten ihre Investitionen immer wieder mit triefendem Eigenlob auszus schmücken wussten. Management-Fehlentscheidungen, getroffen in den Unternehmenszentralen fernab von Sachsen, kosten nun fast 1.000 Arbeitskräften in Leipzig und Umgebung den Job.

Eine solche unsoziale „Lastenteilung“ ist nicht hinnehmbar. Wir fordern von der Staatsregierung deshalb als ersten Schritt und in Zusammenarbeit mit dem Bund, eine Transfergesellschaft einzurichten und mit öffentlichem Geld auszustatten. Über eine solche Gesellschaft könnten den von Arbeitslosigkeit

bedrohten Quelle-Mitarbeitern neue Jobperspektiven eröffnet werden.

Am Umgang mit den Quelle-Beschäftigten muss sich Sachsens neuer Wirtschaftsminister Sven Morlok messen lassen; am Umgang mit dieser ersten ernsthaften Bewährungsprobe wird sich zeigen, ob er getreu dem Amtseid in seinem Handeln dem Wohl des Freistaates und seiner Menschen dient oder nur einseitig Kapitalinteressen bedienen will.

Wir fordern weiterhin, auf allen Ebenen der öffentlichen Verwaltung in Sachsen schnellstmöglich Einfluss drauf zu nehmen, dass die moderne Anlage des Quelle-Versandzentrums in Leipzig nicht zur Investitionsruine verkommt, sondern von einem neuen Eigentümer weitergenutzt wird. Welchen Weg dabei die Leipziger Wirtschaftsförderung

einschlägt, wird von der LINKEN aufmerksam begleitet. Es geht um nicht weniger als um die strategische Frage, ob der mit reichlich öffentlichem Geld geförderte Logistikstandort Leipzig empfindliche Treffer abbekommt, ehe

er seine volle Leistungsfähigkeit entfalten kann.

Bei aller Dringlichkeit der genannten Maßnahmen, ist aber auch zu hinterfragen, wie Quelle mit den großzügig gewährten öffentlichen Geldern für das

Versandzentrum Leipzig umgegangen ist und wer die Verantwortung für das Versagen trägt. Als größte Oppositionsfraktion im Sächsischen Landtag fordert DIE LINKE eine schnelle und rückhaltlose Aufklärung.

Solidarische Finanzierung der Pflegeversicherung vor dem Aus? / Entsolidarisierung der Sozialversicherung droht

Zu Pressemeldungen über eine angebliche Einigung auf Bundesebene von Union und FDP zur künftigen Ausgestaltung der Pflegeversicherung sagt der Vizevorsitzende der Fraktion DIE LINKE und Sprecher für Sozialpolitik, Dr. Dietmar Pellmann:

Oft war vor der Bundestagswahl zu hören, mit einer Koalition von Union und FDP würden soziale Kälte und eine Entsolidarisierung der Gesellschaft im Lande einziehen. Wer das als populistische Spinnerei abtat, wird spätestens jetzt vom Gegenteil überzeugt. Die schwarz/gelbe Koalition will offenbar nicht nur den schwer erkämpften Mindestlöhnen an den Kragen, sondern auch die Kosten der Pflegeversicherung auf die Arbeitnehmer abwälzen.

Nach heutigen Presseberichten soll der bisher prozentual auf den Lohn bezogene Beitrag schrittweise auf einen Pauschalbeitrag umgestellt werden, der am Ende nur noch von den Versicherten zu tragen ist. Das wäre der Abschied von der solidarischen Finanzierung der Pflegeversicherung und würde der Entsolidarisierung in der Sozialversicherung Tür und Tor öffnen.

Ich frage mich auch, wie ein Arbeitsloser eine - nach Koalitionsplänen zusätzlich zur gesetzlichen Pflegeversicherung zu zahlende - verpflichtende private Zusatzversicherung finanzieren soll? Und selbst für die Glücklichen, die noch Arbeit haben, wäre damit das Wahlversprechen vom „mehr Netto vom Brutto“ gebrochen.

Die Menschen werden erfreulicherweise immer älter, damit aber steigen auch die Pflegekosten. Dieser Umstand kommt mitnichten überraschend, ihm mit der jetzt offenbar geplanten, individuelle zu zahlenden Zwangsversicherung begegnen zu wollen ist mehr als fantasielos, es ist brutal und es ist gefährlich, weil es Menschen mit geringen Einkommen massiv benachteiligt und sozialen Unfrieden schürt.

Um bei der Pflegeversicherung tatsächlich etwas zu bewegen, müssen erstens alle nach ihrer Leistungskraft einzahlen und zweitens die Beitragskosten zu gleichen Teilen bei den Arbeitgebern und Arbeitnehmern liegen. DIE LINKE wird weiter dafür streiten und vor allem die Landesregierung Sachsens in die Pflicht nehmen, diesbezüglich sofort und nachdrücklich von ihrem Mitspracherecht auf Bundesebene Gebrauch zu machen.

Klienteloffenbarungsgesetz

„Das Wachstumsbeschleunigungsgesetz offenbart, bei wem sich Union und FDP lieb Kind machen wollen. Sie haben es besonders eilig, Besserverdienende, Vermögende und große Unternehmen mit Steuergeschenken zu bedenken“, kommentiert die steuerpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Barbara Höll, die Verabschiedung des Wach-

tumsbeschleunigungsgesetzes durch die Bundesregierung. Höll weiter:

„Mit der im Vergleich zum Kindergeld fast doppelt so hohen Entlastung beim Kinderfreibetrag werden Besserverdienende eindeutig bevorzugt. Von den Steuersenkungen für Unternehmen profitieren vor allem große Konzerne und Verkäufer von Unternehmen. Zu-

dem werden die Unternehmen damit von nahezu allen Gegenfinanzierungsmaßnahmen für die massive Körperschaftsteuersenkung durch die Unternehmenssteuerreform 2008 befreit.

Alles in allem beschleunigen die Maßnahmen nicht das Wachstum, sondern das weitere Auseinanderdriften von Arm und Reich.“

Bundesrat muss unsoziales Steuer-Harakiri von Schwarz-Gelb stoppen

„Die Steuergeschenke von Schwarz-Gelb bedeuten nicht nur eine neuerliche massive Umverteilung von unten nach oben. Sie werden in den Bundesländern vor allem einen Kahlschlag bei Bildung, Kinderbetreuung und anderen öffentlichen Aufgaben nach sich ziehen“, erklärt Barbara Höll. Die steuerpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE weiter:

„Ab 2010 werden insbesondere Un-

ternehmen, reiche Erben und Besserverdienende um mehr als 20 Milliarden Euro steuerlich entlastet. Wie der Bundeshaushalt dies finanzieren soll, kann Schwarz-Gelb angesichts sinkender Steuereinnahmen und einer Neuverschuldung in Rekordhöhe von mehr als 80 Milliarden Euro im nächsten Jahr allerdings nicht erklären. Dazu kommt die selbst auferlegte Schuldenbremse, die im Bund noch vor den Bundeslän-

dern greift. Dabei machen es sich die Koalitionäre leicht, indem sie den Löwenanteil der Steuerausfälle auf die Länder verschieben. Für die wird der finanzielle Gestaltungsspielraum dadurch noch enger. Es drohen massive Ausgabenkürzungen und Sozialabbau. DIE LINKE fordert daher die Bundesländer auf, das zu tun, was in ihrer Macht steht und einige von ihnen schon angekündigt haben: Im Bundesrat gegen diese Steuersenkungen stimmen und sich damit der unsozialen Umverteilungspolitik des Bundes verweigern.“

Jubel ist nach Urteil des Verfassungsgerichtes zum Flughafen fehl am Platze

Die Enttäuschung der Nachtfluggegner auf die gestrige Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts ist nachvollziehbar. Deshalb unterstützt die Fraktion DIE LINKE die Prüfung einer möglichen Klage vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Mit dem negativen Bescheid aus Karls-

ruhe sind die Probleme der vom Flugverkehr betroffenen Bürgerinnen und Bürger nicht vom Tisch. Deshalb ist der Dialog zwischen allen Partnern nunmehr um so dringender denn je. Auch die Landesdirektion muss nun endlich ihre ablehnende Haltung gegenüber dem Dialogforum aufgeben. Das gilt

ebenso für die Partner, die wirtschaftliche Interessen mit dem Flugverkehr verfolgen. Alle Seiten müssen Gesprächsbereitschaft zeigen.

Auch die Sächsische Staatsregierung muss sich ihrer Verantwortung stellen und die Gesprächsmöglichkeiten in den kommenden Wochen nutzen, um Lösungsvorschläge im Interesse der Bürgerinnen und Bürger zu erarbeiten und umzusetzen. **Wolfgang Denecke**

Beschäftigungsdefizit ist für OBM Jung offenbar kein Thema

Der übliche Herbstaufschwung am Arbeitsmarkt sorgt auch in Leipzig für eine leichte Entlastung. Allerdings sind hier die bevorstehenden Entlassungen bei Quelle und anderen Unternehmen, die derzeit die Kurzarbeiterregelung nutzen, noch nicht erfasst. Das wird sich jedoch in den kommenden Wochen und Monaten ändern. Nach wie vor verzeichnet Leipzig gegenüber Dresden und Chemnitz die höchste Arbeitslosenquote. Besonders bedenklich ist zu-

dem der überdurchschnittliche Anteil der arbeitslosen ALG II-Empfänger von rund 80 Prozent.

Vor diesem Hintergrund ist es nicht hinnehmbar, wenn bei der Stadtverwaltung noch immer kein roter Faden in der kommunalen Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik zu erkennen ist. Bezeichnenderweise kam das Thema in der gestrigen Rede von Oberbürgermeister Jung zur Einbringung des Haushaltsplanentwurfs 2010 gar nicht

als politischer Schwerpunkt vor. So verwundert es auch nicht, wenn die seit langem angekündigte und längst überfällige Diskussion zum Einsatz der kommunalen Arbeitsmarktinstrumente im Jahr 2010 noch nicht einmal begonnen hat. Damit werden wichtige Effekte zulasten der Arbeitslosen wie auch der Stadt Leipzig selbst, deren Haushalt weiterhin durch die steigenden Kosten der Unterkunft belastet wird, weiterhin verschenkt.

Wolfgang Denecke

VW-Zentrum auf Alter Messe muss Signal für weitere Ansiedlungen sein

Der Bau eines neuen Volkswagen-Verkaufs- und Service-Zentrums muss ein Signal für weitere Investitionen auf der Alten Messe sein. Da die meisten Stadträte die aktuelle Planung erst aus der Presse erfahren haben, geht der Sprecher für Stadtentwicklung der Linksfraktion Siegfried Schlegel davon aus, dass die zu genehmigende Planung im Fachausschuss Stadtentwicklung und Bau vorgestellt wird.

Auch wenn erneut statt eines markanten mehrgeschossigen an der Kreuzung Zwickauer und Richard-Lehmann-Straße lediglich ein Flachbau auf Straßenniveau mit Untergeschoss gebaut werden soll, wird trotzdem wie auf der gegenüberliegenden Seite durch das bestehende BMW-Zentrum eine

weitere Ecke geschlossen.

Wie aktuell bei VW geschehen, sollte bei der Vermarktung weiterer Flächen auf Ausschreibungen verzichtet werden. Stadtplanerische Vorgaben existieren bereits durch die Rahmenplanung mit einzuhaltenden Baulinien und zu respektierenden Baugrenzen.

Einige weitere mehrgeschossige Gebäude wären jedoch in Anlehnung an die Bebauung am Deutschen Platz wünschenswert. Außer einzelnen reservierten Flächen und denkmalgeschützten Gebäuden steht eine Vielzahl von Flächen auf dem gesamten Messegelände für Neubebauung und unterschiedliche Nutzung seit über 10 Jahren zum Verkauf. Eine kurzfristige Bebauung wird von der Stadt sogar gewünscht.

Somit war und ist für jeden Interessenten die Möglichkeit der Ansiedlung gegeben. Die immer wieder, zuletzt beim Brühl-Areal und beim Stadtteilzentrum Lindenaauer Markt, diskutierte Notwendigkeit einer öffentlichen Ausschreibung erübrigt sich daher. Darüber hinaus gibt es bis heute keine verbindliche Rechtsprechung in Sachsen, im Bund und im Rahmen der EU dazu. Außerdem ist zu beachten, dass verfassungsmäßig garantiert die Planungshoheit noch immer bei den Kommunen liegt. Ebenso ist es unbillig, wenn öffentliche Institutionen zwingend Grundstücke öffentlich ausschreiben sollen, private Eigentümer jedoch nicht. Richtigerweise ist nur geregelt, dass Bund, Länder und Kommunen sowie mit ihnen verbundene Unternehmen Grundstücke nur zum Verkehrswert veräußern dürfen.

Siegfried Schlegel

Fraktion DIE LINKE hat mit 17 Mitgliedern ihre reguläre Arbeit aufgenommen

Am 29. Oktober nahm die zu den Stadtratswahlen am 07. Juni gewählte Fraktion DIE LINKE ihre Arbeit auf. Nach der erforderlichen Nachwahl besteht sie nunmehr aus 17 Mitgliedern. Die Ergebnisse der Vorstandswahlen vom 25.

Juni wurden durch die Fraktion bestätigt. Zum Fraktionsvorstand gehören die Fraktionsvorsitzende Dr. Ilse Lauter sowie die Stellvertreter Skadi Jennicke und Reiner Engelmann. Vervollständigt wird er durch die Beisitzerin Naomi-

Pia Witte. Während der Beratung verständigten sich die Fraktionsmitglieder zugleich über ihre Arbeitsteilung in den Ausschüssen des Stadtrates. Hier suchen wir wieder die sachbezogene Zusammenarbeit mit allen im Stadtrat vertretenen demokratischen Parteien im Interesse der Bürgerinnen und Bürger Leipzigs. **Dr. Ilse Lauter**

Regelmäßige Termine

Beratung der Ortsvorsitzenden und Sprecher der Zusammenschlüsse

3. Dienstag im Monat, 18:30 Uhr

AG Antifa

mittwochs, 19:00 Uhr, linxxnet

AG Behindertenpolitik

jeden 3. Dienstag, 15:00 Uhr,
Wahlkreisbüro MdL Dr. Pellmann, Stuttgarter Allee 6

AG Betrieb & Gewerkschaft

jeden 2. Donnerstag, 19:00 Uhr

AG Cuba si

jeden 2. Dienstag, 18:00 Uhr

AG Diskurs

nach Absprache

AG Junge GenossInnen

jeden 1. Mittwoch, 18:30 Uhr

AG Kunst und Kultur

letzter Donnerstag, 18:00 Uhr

AG Lisa

jeden 3. Montag, 19:00 Uhr

AG Praktika

dienstags, 19:00 Uhr

AG Senioren

jeden 1. Donnerstag, 9:00 Uhr

AG Soziale Politik

jeden 1. Dienstag, 18:00 Uhr, linxxnet.

AG Tollwut

mittwochs, 19:00 Uhr, linxxnet

GBM e. V. – Sprechstunden

jeden 1. Montag, 9:15 bis 11:15 Uhr

GRH e. V. – Sprechstunden

jeden 3. Mittwoch, 15:00 Uhr

ISOR e. V.

jeden 4. Mittwoch, 16:00 Uhr, Messemagistrale, Straße des 18. Oktober 10 a

Kommunistische Plattform

jeden 1. Donnerstag, 18:30 Uhr

Ökologische Plattform

jeden 1. Mittwoch, 19:00 Uhr

Marxistisches Forum

jeden 1. Dienstag, 18:00 Uhr

Rentenberatung

nach telefonischer Vereinbarung

Die Linke.SDS

mittwochs, 19:30 Uhr, Carl-Ludwig-Institut, Seminarraum 4, Liebigstraße 27a

Stadtvorstandssitzung

jeden 2. und 4. Dienstag, 19:00 Uhr

Alle Veranstaltungen ohne Ortsangabe finden im Liebknecht-Haus (LHL) statt. Das linxxnet befindet sich in der Bornaischen Straße 3 d. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) hat ihren Sitz in der Harkortstraße 10.

Terminvorschau

Do., 19. November 2009 - 19:00 Uhr

Jugendstammtisch, Jugendkeller LHL.

Mi., 25. November 2009 - 18:00 Uhr

Bildungsabend: Leipzig, seine Universität und die Studenten (Alternatives Jubiläum) mit Thomas Dudzak, Stadtteilzentrum Messemagistrale, Straße des 18. Oktober 10a.

Mi., 25. November 2009 - 18:30 Uhr

Vortrag und Diskussion: »Von der Parteien Gunst und Haß verwirrt, schwankt« ihr »Charakterbild in der Geschichte«. Das Bild der DDR in der Geschichtsschreibung. Mit Dr. Gerald Diesener, Leipzig, Klub Gshelka, An der Kotsche 51.

Do., 26. November 2009 - 17:00 Uhr

Vortrag und Diskussion: Linke Politikangebote für klein- und mittelständische Unternehmen. Mit Dr. Frank Thiel, MdL, Fraktion DIE LINKE im Landtag von Sachsen-Anhalt, RLS.

Fr., 27. November 2009 - 14:00 Uhr

Beratung der AG Kunst und Kultur, Bürgerbüro Cornelia Falken, Coppistraße 63.

Di., 1. Dezember 2009 - 18:00 Uhr

Marxistisches Forum: Jahresabschluss, LHL.

Do., 1. Dezember 2009 - 18:00 Uhr

Buchvorstellung und Diskussion: Sarkis

Latchinian: Öl und Macht. Der globale Kampf um die verbliebenen fossilen Energieträger. Mit dem Autor Prof. Dr. Sarkis Latchinian. Moderation: Prof. Dr. Kurt Schneider, RLS.

Do., 3. Dezember 2009 - 18:00 Uhr

Buchvorstellung und Diskussion: »Und morgen? Extreme Rechte in Sachsen« Mit der Autorin Kerstin Köditz, MdL. Moderation: Prof. Dr. Kurt Schneider. In Zusammenarbeit mit BdA Leipzig, RLS.

Sa., 5. Dezember 2009 - 20:00 Uhr

Filmabend der AG Junge GenossInnen. In dieser Reihe zeigen wir politische und gesellschaftskritische Filme. Der Eintritt ist frei. Gezeigt wird der Film: "Das Phantom", LHL.

Mo., 7. Dezember 2009 - 19:00 Uhr

ZEITZEUGINNEN-FORUM II: Film in der DDR »SED-Hollywood« und/ oder DEFA-Wahrheitssuche? Forum und Gespräch mit Fred Gehler, Rolf Richter (angefragt), Helga Göring (angefragt) und anderen prominenten Filmschaffenden. Moderation: Dr. Christel Hartinger, Moritzbastei, Veranstaltungstone, Universitätsstraße 9

Do., 10. Dezember 2009 - 17:00 Uhr

Jugendplenum der Linksjugend Leipzig, LHL.

Do., 10. Dezember 2009 - 18:00 Uhr

Vortrag und Diskussion: Marx in Beijing, Wuhan und Shanghai – Impressionen einer Vortragsreise. Mit Prof. Dr. Manfred Neuhaus, RLS.

Di., 15. Dezember 2009 - 18:00 Uhr

Buchvorstellung und Diskussion: »Musste die Perestroika scheitern? Ein Blick hinter die Kulissen des Politbüros des ZK der KPdSU in der Zeit der Perestroika« Mit dem Autor Prof. Dr. Horst Richter, Freital, RLS.

17. Dezember 2009 - 19:00 Uhr

Jugendstammtisch der Linksjugend Leipzig, Jugendkeller LHL.

Nikolausaktion

Auch in diesem Jahr wollen wir am 5. Dezember einen kleinen Nikolausmarkt in Lindenau veranstalten. Dafür benötigen wir neben helfenden Händen noch Sachspenden (Anzieh-sachen für Kinder, Süßigkeiten und Spielzeug). Aber auch Geldspenden für diese Aktion sind möglich, diese bitte auf das Spendenkonto des Stadtvorstandes mit den Betreff: "Nikolaus" überweisen.

Impressum:

Herausgeber: DIE LINKE. Stadtvorstand Leipzig, Braustraße 15, 04107 Leipzig, fon: 0341 - 14 06 44 11, fax: 0341 - 14 06 44 18, web: www.die-linke-in-leipzig.de, email: vorstand@die-linke-in-leipzig.de

Spendenkonto: Sparkasse Leipzig, Konto-Nr.: 11 25 50 42 22, BLZ: 860 555 92

Redaktion: Steffi Deutschmann, Christine Halle, Andreas Kermer, Christina Mertha, Sören Pellmann (V.i.S.d.P.)

Gestaltung: Sören Pellmann

Druck: Stadt Leipzig

Das Mitteilungsblatt erscheint monatlich. Redaktionsschluss für die Nummer 12/2009 ist Donnerstag, 3. Dezember 2009. Namentlich gezeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Falle der Meinung der Redaktion. Die Redaktion behält sich sinnerhaltende Kürzungen vor.